Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 12.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.00, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 30 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

114. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Vorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14451, 14452, 14454. — Postscheckkonto 7508. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 576 — **Donnerstag, den 9. Dezember** — **1920**

Buck zum Ministerpräsidenten gewählt

Sächsischer Landtag

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

△ **Dresden**, 9. Dezember.

Die heutige Parlamentswahl in dem neuen Landtag wird nicht nur in der Geschichte dieses Landtages, sondern auch in der Geschichte des nachrevolutionären Sachsens, überhaupt für alle Zeiten, von ganz besonderer Bedeutung sein. Rein grundsätzlich und auch, was die Begleitumstände anbetrifft, war das ein Vorgang, wie ihn wohl keine Parlamentsgeschichte irgendeines Landes, vielleicht Haiti oder Honolulu ausgenommen, aufzuweisen vermag. Herr Wirth von den Mehrheitssozialisten schlägt als Kandidaten zum Ministerpräsidenten Herrn Buck vor. Die bürgerlichen Parteien geben kurze ruhige Erklärungen ab, worin sie zunächst übereinstimmend betonen, daß sie keinen Ministerpräsidenten, dessen Wahl die Kommunisten unterstützen, wählen könnten, da diese ganz offen für den Sturz der Verfassung einträten. Der demokratische Sprecher fügt noch hinzu, daß sich diese Wahl mit den Grundsätzen einer demokratischen Verfassung nicht vereinbaren ließe. Auch die Kommunisten fühlen sich verpflichtet, eine Erklärung abzugeben. Sie sind noch sehr jung im Parlament und haben zweifellos ein großes Redebedürfnis, aber nur deswegen, um durch die Fenster zu wirken und ihre Gefolgschaft von ihrer Tüchtigkeit zu überzeugen. Was sie aber erklärten, wirkte mehr als eine Sensation, erregte im Lager des „großen Staatsmannes" Fellisch Entsetzen und löste bei den bürgerlichen Parteien mehrmals schallende Heiterkeit aus. Herr Renner von den Kommunisten war dazu ausersehen, dieses Straußenei in das Kolibrinest des Herrn Fellisch zu legen. Er spricht mit hartem, russischen Akzent — immerhin schon eine Eignung für einen Getreuen des noch etwas größeren Lenin. Es fällt überhaupt auf, daß die Kommunisten alles andere als Sachsen sind. Sie hat offenbar der Wind aus allen Himmelsgegenden des deutschen Reiches und noch aus einigen anderen Gegenden jenseits der ehemaligen schwarzweißroten Grenzpfähle in das rote Dorado Sachsen geweht. Indessen, wie dem auch sei, was Herr Renner sagte, war außerordentlich bezeichnend. Es seien nur einige Blüten aus seinem Redestrauß gezogen:

„Sturz der Verfassung und des Landtages mit allen Mitteln, einen Fußtritt für die Regierung, wenn sie nicht wirklich revolutionär, sprich kommunistisch regiert, Sabotage der Verfassung, Diktatur des Proletariats, Rätesystem, Zerschmetterung der Bourgeoisie, Schaffung einer roten Armee, Schürung des Massenaufstandes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln."

Man wird sich nicht wundern können, wenn er dann noch die Forderung aufstellte, daß die mit ihrer Hilfe aufgerichtete Regierung das kommunistische Programm, das ihr vorgesetzt worden sei, erfüllen müßte. Offener konnte tatsächlich das kommunistische Spiel nicht enthüllt werden. Die Wirkung der Rede war, wie schon oben kurz erwähnt, dem Inhalt entsprechend, und Herr Fräßdorf traf den Nagel auf den Kopf als er erklärte, daß nunmehr Klarheit geschaffen sei. Man merkte, daß ihm ein Stein vom Herzen fiel. Indessen, er hatte die Rechnung doch ohne Herrn Fellisch gemacht. In der Sitzungspause, die zu Verhandlungen hinter den Kulissen benutzt wurde, gelang es diesem Katastrophenpolitiker von den Ausmaßen eines Kolibri, ohne Anstrengung alle Straußeneier mühelos zu verschlucken, die Herr Renner verabreicht hatte, und auch seine anderen Fraktionsgenossen haben offenbar das Vorgesetzte verdaut, wenn wir auch anerkennen wollen, daß manch einer kräftiges Magendrücken verspürt hat. Die Sozialisten aller Schattierungen sind sich, das haben die heutigen Verhandlungen bis zur Evidenz erwiesen, alle in dem einen einig: Aufrichtung der Diktatur des Proletariats und Zerschmetterung des Bürgertums.

Wohl gaben die Sozialisten noch eine Erklärung ab, um, wie der Chinese sagt, das Gesicht zu wahren. Indessen an der Feststellung läßt sich nichts mehr ändern, daß ihnen die Demokratie, von der sie bisher in allen möglichen Tönen sprachen, nur Phrase ist, daß sie das Wort nur als Deckmantel benutzt haben, um das Bürgertum zu täuschen und so um so leichter ihre Pläne verwirklichen zu können. Aber der heutige Tag hat ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das Bürgertum weiß jetzt mit aller wünschenswerten Klarheit, wohin der Weg führt und wird sich danach zu richten wissen. Vom parteipolitischen Standpunkt könnte man den heutigen Tag auf das freudigste begrüßen. Aber wir machen den sozialistischen Parteien einen solchen Regenwurmstandpunkt nicht streitig und wollen es offen aussprechen, daß wir ihn als einen schwarzen Tag erster Ordnung nicht nur in der Geschichte Sachsens, sondern auch des Deutschen Reiches bezeichnen. Er ist ein schwerer Schlag gegen den Parlamentarismus und offenbart die politische Unreife der sozialistischen Führer mit einer so erschreckenden Klarheit, daß wir, wenigstens vorerst, nicht damit rechnen können, uns Achtung und Ansehen jenseits der Grenzpfähle wieder zu erwerben, vom Vertrauen gänzlich zu schweigen. Zum Schluß können wir noch eins vor aller Oeffentlichkeit feststellen: In Sachsen regiert fortan nicht mehr Buck, sondern Herr Renner von den Kommunisten, videant consules . . .

*

Sitzunnsbericht

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

△ Dresden, 9. Dezember.

Am Ministertisch Ministerpräsident Buck, die Minister Schwarz, Heldt, Dr. Harnisch und Kommissare.

Präsident Fräßdorf eröffnet um 10 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Wahl und Vereidigung des Ministerpräsidenten. Das Wort zu einer Erklärung erhält zunächst Abg. Hofmann (Dtschnat.). Er führt aus: Wir lehnen es ab, Herrn Buck als Ministerpräsidenten zu wählen. Für die Ablehnung sind einmal die Gründe maßgebend, die uns bereits bei der vorigen Wahl abgehalten haben, Herrn Buck unsere Stimme zu geben. Für die heutige Wahl kommt hinzu, daß Herr Buck genötigt ist, ein rein sozialistisches Ministerium zu bilden, und dabei auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen ist. Eine so zusammengesetzte Regierung widerspricht dem Volkswillen, wie er bei den Wahlen zum Landtag zum Ausdruck gekommen ist.

Abg. Blüher (Dtsch.Vp.) gab namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Wir werden nicht für die Kandidatur Bucks stimmen. Hinter ihr steht eine rein sozialistische Regierung, die, um eine Mehrheit zu haben, sich auf die Kommunisten zu stützen beabsichtigt. Wir halten diese Regierung nicht für tragfähig, vor allem aber bedeutet sie eine so starke Mißachtung des am 14. November deutlich bekundeten Willens der sächsischen Wählerschaft, daß wir vorbehaltlich der politischen Aussprache, die in der nächsten Woche stattfinden soll, schon heute gegen ein solches Vorgehen scharfe Verwahrung einlegen müssen.

Namens der demokratischen Fraktion gibt Abg. Seyfert folgende Erklärung ab:

Nach den der Oeffentlichkeit bekanntgewordenen Abmachungen soll eine rein sozialistische Regierung gebildet werden. Eine solche kann nur bestehen mit Unterstützung und unter Duldung der kommunistischen Fraktion, die sich zur offenen Feindschaft gegen die sächsische Verfassung bekannt hat. Die Fraktion der Demokratischen Partei erklärt eine solche Regierungsbildung für unvereinbar mit wahrhaft demokratischen Grundsätzen und sieht in ihr ein Unglück für den Bestand und das Gedeihen des Freistaates Sachsen. Deshalb lehnt sie es ab, dem Vorschlag zuzustimmen.

Eine kommunistische Sprengpatrone

Abg. Renner (Komm.): Von uns Kommunisten ist es bekannt, daß wir nur die Regierung mit bilden helfen wollen in der Voraussetzung, daß sie sozialistisch-proletarisch regiert. Unsere Stellung ist bekannt. Wir wollen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Verfassung und den Landtag stürzen. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung muß gestürzt werden. Eine sozialistische Regierung ist nicht imstande, unser Ziel zu erfüllen, nämlich die Befreiung des Proletariats. Wir wollen die Verfassung sabotieren. Es lebe die Diktatur des Proletariats, es lebe das Rätesystem! Wir sind nur in den Landtag eingetreten, um ein Instrument in die Hand zu bekommen, die Regierung zu beseitigen und an die Spitze des Staates eine wirklich sozialistische Regierung zu bekommen. Die jetzige Regierung ist nur Geschäftsführer der kapitalistischen Klasse. Der sozialistischen Regierung wollen wir den Fußtritt verpetzen, um die Bourgeoisie mit allen Mitteln zu schädigen. Die Mehrheitssozialisten sind grundsätzliche Gegner der Diktatur des Proletariats. Die Unabhängigen sind verkappte Scheidemänner. Wir wollen den sozialistischen Parteien Gelegenheit geben, eine sozialistische Regierung zu bilden, unterstützen sie aber nur dann parlamentarisch und außerparlamentarisch, wenn sie sozialistisch-proletarisch-revolutionär regieren. Wir fordern die Beseitigung der Orgesch, die Schaffung einer zuverlässigen Selbstschutzorganisation aus Arbeitern. Wenn die bisherige Politik weiter geführt wird, so werden wir sie mit allen Mitteln bekämpfen, und zwar mit allen Mitteln des Massenaufstandes. Die Entscheidungen werden nicht im Parlament gefällt, sondern auf der Straße. Das Programm, das wir der Regierung vorgesetzt haben, muß erfüllt werden.

Diese Erklärung Renners wurde mehrfach von stürmischer Heiterkeit auf der bürgerlichen Seite unterbrochen, während sich in den Reihen der Mehrheitssozialisten, besonders um den Abg. Fellisch, Bestürzung in steigendem Maße bemerkbar machte.

Präsident Fräßdorf: Ich hätte vielfach Gelegenheit gehabt, einzugreifen, aber ich wollte dem Landtag Gelegenheit geben, diesen Erguß vollinhaltlich zu genießen, damit Klarheit geschaffen werde. Der Zweck ist erreicht, Klarheit ist geschaffen.

Auf Antrag des Abg. Wirth (Mehrheitssoz.) wird die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der neuen Situation Stellung zu nehmen. Unter großer Erregung leert sich dann das Abgeordnetenzimmer.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergreift das Wort der frühere Ministerpräsident Buck: Die Bedingungen, die wir soeben von den Kommunisten vernommen haben, können keine Grundlage für eine Regierungstätigkeit sein. Die Grundlinien, nach denen ich die Regierung zu führen gedenke, sind bekannt. Nur die Verfassung kann als Grundlage einer Regierungstätigkeit maßgebend sein. Der Ministerpräsident ist verpflichtet, vor dem Landtag den Eid auf die Verfassung zu leisten. Ich will nicht um die Stimmen derjenigen buhlen, die die Absicht haben, die Verfassung zu stürzen.

Abg. Wirth (Mehrheitssoz.): Unsere programmatischen Grundsätze sind bekannt und auch, daß wir nur alles innerhalb der Reichs- und Landesverfassung erreichen wollen. Der Erklärung des Herrn Buck schließen wir uns an.

Abg. Müller (M. S. P.): In den Bedingungen der Kommunisten erklären wir, daß sich unsere Partei bereiterklärt hat, eine sozialistische Regierung zu bilden. Ich verweise auf unser Minimalprogramm. Wir lehnen es ab, uns von irgendeiner Seite Bedingungen vorschreiben zu lassen. Wir haben alles getan, um eine sozialistische Regierung zu ermöglichen. Wir lehnen alles ab, was diese Absicht verhindern könnte.

Rückzug der Kommunisten

Abg. Siewert (Komm.): Wir sind bereit, die Bildung einer sozialistischen Regierung zu ermöglichen. Wenn diese Regierung nicht sozialistisch regiert, dann erst wollen wir sie bekämpfen.

Hierauf schreitet das Haus zur Wahl des Ministerpräsidenten. Es werden insgesamt 95 Stimmen abgegeben, davon entfallen auf Buck 48, Hofmann 20, Blüher 18, Dr. Seyfert 8, Dr. Hille 1 Stimme.

Fräßdorf: Auf Herrn Buck sind 48 Stimmen vereinigt. Das ist die Mehrheit. Ich frage Herrn Buck, ob er die Wahl annimmt.

Buck: Ich nehme die Wahl an.

Hierauf erfolgt die Eidesleistung des Ministerpräsidenten, wobei sich alle Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten erhoben haben.

Ministerpräsident Buck leistet den Eid in die Hand des Präsidenten Fräßdorf.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung Dienstag, 15. Dezember, nachmittag 1 Uhr.
Tagesordnung: Abgabe einer Regierungserklärung.
Schluß gegen ¾1 Uhr.

Wer wird in Oesterreich regieren?

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 9. Dezember.

Auf Grund der ergebnislosen Präsidentenwahl und des dabei zutage getretenen Kampfes der Parteien soll, wie verlautet, am Mittwoch der Staatskanzler Dr. Mayer die Vertreter der ausländischen Missionen empfangen und ihnen erklärt haben, am heutigen Donnerstag mit dem gesamten Kabinett zurückzutreten und die Führung der Staatsgeschäfte der Reparationskommission überlassen werden.

Ein Fall oder ein Skandal?

Es handelt sich um die Sache Kahn. Aus den Berichten über die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags wird der Leser wissen, was das für eine Sache ist. Sie kann aber auch noch einmal skizziert werden.

Die dem Staate gehörenden industriellen Werke, die vor dem Kriege erhebliche Summen abwarfen, arbeiteten nach der Revolution mit großen Verlusten. Das kam daher, daß in den Betrieben eine große Mißwirtschaft eingerissen war; es fehlte an der nötigen Autorität, die Arbeiter sozialisierten auf eigene Faust und verbrachten ihre Zeit mit der Herstellung von privaten Bedarfsartikeln aus dem Material der Werke. Es blieb dem Staate nichts weiter übrig, als die Unternehmen zu schließen oder sie in anderer Weise aufzuziehen. Er entschloß sich für das letztere und schuf aus den Werken eine Art G. m. b. H., ein Zwischending zwischen Staats- und Privatbetrieb. Hauptaktionär ist das Reichsschatzministerium; ein großes Direktorium verwaltet die Werke, hat aber bei Abschlüssen von Bedeutung die Genehmigung des Reichsschatzministeriums einzuholen. Die ungeheuren Mengen von Heeresmaterial, die nach dem Zusammenbruch zu verkaufen waren, wurden, weil sie beim Verkauf durch Beamte nicht den Nutzen abwarfen, den man erwartete, den Deutschen Werken zur Verwertung überwiesen. Diese Werke nun haben mit einem siebenundzwanzigjährigen Kaufmann Richard Kahn einen mehr als seltsamen Vertrag abgeschlossen: sie verkauften sämtliche freiwerdenden Werkzeugmaschinen und sämtliche Spezialmaschinen für Kriegsgerät kommissionsweise an Kahn. Das Objekt beträgt ungefähr 47 000 Tonnen Werkzeugmaschinen. Als Verrechnungsgrundlage nahm man den doppelten Tages-Schrottpreis an, ferner sollte Kahn von dem erzielten Ueberpreis die Hälfte an die Werke zurückzahlen; er erhielt aber außerdem eine Provision von 5 bis 12 Prozent. Der Vertrag ist vor acht Wochen geschlossen worden. Der Schrottpreis wurde damals auf 1050 Mark für die Tonne festgesetzt, ist aber inzwischen auf rund 1600 Mark gestiegen. Kahn hat hieran also schon eine stattliche Anzahl Millionen verdient. Noch besser war das Geschäft mit den nicht verschrotteten Werkzeugmaschinen, für die der Tagespreis 6 bis 8000 Mark pro Tonne beträgt. Wenn Kahn bisher nur 10 000 Tonnen Werkzeugmaschinen verkauft hat, so ergibt das einen Gewinn von 30 Millionen Mark. Der Vertrag sieht aber auch noch Einzelbestimmungen vor, die für Kahn sehr vorteilhaft sind: u. a. erhält er 10 Prozent des Unterschiedes zwischen dem Maschinen- und dem Schrottpreis als Rengeld für alle Maschinen, die das Reich oder die Reichstreuhandgesellschaft behalten will.

Der Vertrag wurde nach seinem Bekanntwerden von allen Seiten angegriffen, nicht zuletzt von den Kollegen des Herrn Kahn, den Händlern. Als Reichstagsabgeordnete der Sache nachgingen, stellte sich heraus, daß weder die Reichstreuhandgesellschaft noch das Reichsschatzministerium von der Direktion der Deutschen Werke über den Abschluß dieses Millionenvertrages unterrichtet waren. Das mußte geschehen, denn schon bei einem Geschäft von 100 000 Mark hatte die Direktion die Behörden zu verständigen. Einige der Direktoren haben inzwischen ihr Amt niedergelegt, andere haben den Vertrag als ordnungsgemäß abgeschlossen bezeichnet und die Angriffe auf politische Motive zurückgeführt. Die Verhandlungen im Hauptausschuß brachten keine vollständige Klarheit; der Reichsschatzminister von Raumer hat sich mit aller Entschiedenheit gegen den Vertrag ausgesprochen. Man versuchte, Kahn zu bewegen, vom Vertrage zurückzutreten, aber der junge Mann, der ohne Frage ein Geschäftsgenie ersten Ranges ist, hat sich dazu nur unter Bedingungen bereit erklärt, die an Kühnheit nichts zu wünschen übrig lassen. Er kann in dieser Weise auftrumpfen, denn er hat sich in dem mit allen Finessen ausgearbeiteten Vertrag, der bis 1923 läuft, ziemlich gesichert. Es ist überflüssig, an Herrn Kahn Kritik zu üben; diese muß vielmehr gegenüber der Direktion der Deutschen Werke, die sich in dieser Weise einwickeln ließ, angewendet werden. Da aber der Vertrag die Interessen des Reiches in ungeheuerlichster Weise verletzt, und Herr Kahn das Material in einem laufenden Kettenhandel verwertet haben soll, ist doch wohl die Möglichkeit gegeben, den Vertrag zu beseitigen. Es ist zu verstehen, daß die Direktion der Deutschen Werke sich windet, um von dem Vorwurf loszukommen, sie habe sich in einer noch nie dagewesenen Weise von einem jungen Händler übres Ohr hauen lassen. Ihr Unterfangen ist aber um so aussichtsloser, als auch ernste Werkzeugfabrikanten und Eisenhändler die Ungeheuerlichkeit dieses Vertrages bestätigen. Diese Leute sehen Herrn Kahn durchaus nicht als seriösen Geschäftsmann an, sondern erblicken in ihm einen jener Revolutionsgewinnler, die mit allen möglichen Dingen Handel treiben: so soll Herr Kahn außer mit Schrott und Werkzeugmaschinen auch mit Militärkornisten, Hausschuhen, Hufnägeln, Reis und Südfrüchten seine glänzenden Geschäfte machen.

Man sollte nun annehmen, daß die Parteien des Reichstages die Aktion des Reichsschatzministers nach Kräften unterstützten. Dem ist aber nicht so: ausgerechnet die Partei, die sich nicht genug tun kann, die korrumpierende Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft zu brandmarken, die Sozialdemokratie, stellt sich schützend vor Herrn Kahn und die Direktion der Deutschen Werke. Die Gründe dieses merkwürdigen Vorgehens schimmern, etwas verschwommen noch, aus dem Dunkel der geschäftlichen Verbindungen des Herrn Kahn. Der junge Mann soll nämlich nur vorgeschoben sein von der Eisenfirma Schweitzer & Oppler in Berlin, deren Prokurist und Teilhaber einer der vier berühmten Gebrüder Sklarz ist. Herr Leon Sklarz hat für Schweitzer & Oppler in den letzten zwei Jahren ungeheure Metallgeschäfte nach dem Auslande gemacht; die guten Verbindungen seiner Brüder dürften ihm bei Ausfuhrbewilligungen usw. sehr zustatten gekommen sein. Ein Fall ist da besonders interessant: Schweitzer & Oppler haben in Kiel zwei alte Kriegsschiffe auf Abbruch gekauft; abgewrackt wurden die Schiffe aber nicht, sie waren eines Tages verschwunden und sollen in der holländischen Marine wieder aufgetaucht sein.

SLUB
Wir führen Wissen.